

Rede von Rachid Messaoudi bei der Übergabe des Gedenkorts für Mehmet Kaymakçı am 24. Juli 2021 in Langenhorn

Liebe Angehörige von Mehmet Kaymakçı,
liebe zweite Bürgermeisterin, lieber Bezirksamtsleiter,
liebe Anwesende,

der Grüne Saal e. V., für den ich hier heute spreche, setzt sich hauptsächlich mit den Taten und Folgen der Zeit des Faschismus durch Führungen an besonderen Orten und durch kulturelle Beiträge auseinander. Folgerichtig wurden wir vom Bezirksamt Hamburg-Nord mit der Umsetzung des interfraktionellen Beschlusses der Bezirksversammlung beauftragt, dem wir sehr gerne nachgekommen sind. Ich möchte aber deutlich sagen, dass ich auch ein persönliches Interesse habe, dass wir durch das Mitgestalten des Stadtteils wirken. Ich habe früher hier in Langenhorn gewohnt und als mein Bruder, der deutlicher als ich als PoC [people of color] gesehen werden kann, von meiner Wohnung mit seiner Freundin zum Bahnhof ging, wurde er von Nazis, die sich noch Anfang der 90er Jahre offen in Langenhorn getroffen haben, brutal mit einem Baseballschläger niedergeknüpelt.



Abb. links: Rachid Messaoudi bei seiner Ansprache; Foto Elsa de Castro

Abb. rechts: Der neue Gedenkort in Langenhorn. Foto: Hans-Joachim Kroll, 24.7.2021

Nicht nur deshalb war es mein besonderer Wunsch, auf zwei Arten zu wirken. Erstens: Leider ist das hier nicht der erste Ort, an dem in Hamburg Opfer rechter Gewalt gedacht werden muss. So habe ich mir angeschaut, wie es andernorts gemacht wurde. Aufgefallen ist mir dabei, dass die Betroffenen, die Hinterbliebenen, die Opferverbände sowie die Communitys bei der Gestaltung der Art und Weise, wie gedacht werden soll, von der Stadt nicht oder unzureichend einbezogen wurden. Das wollte ich so nicht hinnehmen. Inspiriert durch z. B. Ibrahim Arslan, Überlebender des Anschlags in Mölln, der immer wieder mahnt, dass die Opfer, die Hinterbliebenen zu Akteur:innen gemacht werden sollen, habe ich mich auf die Suche nach ebendiesen gemacht.

Durch die Hilfe der Ramazan Avcı Initiative konnten wir sogar Angehörige in der Türkei und den Niederlanden ausfindig machen und in die Entscheidungen einbinden. Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft verstehen, dass wir nicht die Stellvertreter:innen sind, sondern im Sinne der Inklusion, Betroffene als selbstbestimmte Akteur:innen verstehen. Hier ist es meines Wissens das erste Mal gelungen, dass Hinterbliebene und Communitys gleichberechtigt von Anfang an bei der Gestaltung des Gedenkens der Stadt teilhaben. Ich hoffe sehr, dass wir damit eine Referenz, auch für andere Orte, geschaffen haben, an denen Opfer rechter Gewalt gedacht werden muss.



Foto: Elsa de Castro

Das zweite ist, wie wir als Gesellschaft damit umgehen, dass es Rechtsextreme und Nazis gibt und was wir ihnen entgegensetzen. Den öffentlichen Raum mit dem Gedenken an Opfer rechter Gewalt zu besetzen, ist dabei ein sehr wichtiges Mittel. Es soll einerseits uns mahnen, wohin gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit führt und andererseits zeigen, dass sich die Gesellschaft mit Opfer rechter Gewalt solidarisiert und rechtes Gedankengut nicht willkommen ist. Denn genau darauf bauen sie und wähen sich im Sinne der schweigenden Mehrheit zu handeln. Das müssen wir unterbinden.

Mehmet Kaymakçı wurde brutal von drei Skinheads ermordet. Die drei Mörder wurden gefasst. Doch vor Gericht spielte kurioserweise die politische Motivation keine Rolle. Diese wurde absichtlich negiert und dadurch härtere Strafen vereitelt. Ein weiterer trauriger Beleg dafür, wie fatal es ist, dass die Zeit des deutschen Faschismus nicht aufgearbeitet wurde und die im Potsdamer Abkommen vertraglich festgehaltene Denazifizierung nicht stattfand. Dafür wäre es auch wichtig, dass wir in Esther Bejaranos Sinne, den 8. Mai zum Feiertag ernennen, damit wir mindestens an einem Tag im Jahr uns nicht nur über die Befreiung freuen, sondern uns bewusst werden, wie hart die Demokratie errungen wurde und wie fragil sie ist. Lasst uns gemeinsam Esthers Erbe antreten und dafür kämpfen, dass der 8. Mai zum Feiertag wird.

Denn die ausgebliebene Denazifizierung wirkt bis heute nach. Rechte Gewalt wird nicht als das gesehen, was sie ist, rechte Gewalt. Erst am 20.10. letzten Jahres fuhr ein Sympathisant der AfD drei Teilnehmende einer Kundgebung gegen eine AfD-Veranstaltung in Henstedt-Ulzburg gezielt mit einem Pick-up 70m abseits der Straße an und verletzte diese zum Teil schwer. Die Polizei sowie die Staatsanwaltschaft Kiel sprachen zunächst von einem „gefährlichen Eingriff in die Straßenverkehrsordnung“, obwohl der Täter Melvin S. eindeutig der rechten Szene zu zuordnen ist und die Polizei auch daraufhin gewiesen wurde. Das wurde erst durch den Druck auf der Straße und das ständige Wirken von antifaschistischen Kräften geändert. Weiteres Beispiel: Hamburg ist immer noch das einzige Bundesland, in dem der NSU gemordet hat und es keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gibt. Dabei ist allen Menschen klar, der NSU war nicht nur zu dritt!

Wie kürzlich bekannt wurde, sind die seit über 30 Jahren aktiven Hammerskins weltweit vernetzt und auch in Hamburg aktiv. Außerdem gab es Verbindungen zum NSU. Sie gelten als extrem gewaltbereit, propagieren Terrorkonzepte und morden. Dennoch tauchen sie im Verfassungsschutzbericht gar nicht erst auf.

Es braucht uns alle, damit Fehlentwicklungen korrigiert werden. Nach wie vor gilt die Mahnung Berthold Brechts: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem es kroch“. Nichtsdestotrotz hoffe ich sehr, dass das Besetzen des öffentlichen Raumes mit dem Gedenken an Opfer rechter Gewalt einen Beitrag dazu leistet, dass die Opfer in uns allen weiterwirken, dass wir uns der Gefahr von rechts bewusster werden, wir mehr Mut entwickeln, dem entgegenzuwirken, wir genauer hinschauen, aufstehen und uns einmischen, wenn Rechte ihr Unwesen treiben, wir aufstehen und uns einmischen, wenn Behörden ihre Aufgaben nicht ernst nehmen. Es soll aber auch ein klares Signal an Rechte sein, dass ihre Ideologie und ihre Gewalt von uns verurteilt und bekämpft werden. Kurzum: Ich hoffe, dass sich die Gesellschaft Schritt für Schritt ändert und es selbstverständlich ist, dass rechte Gewalt auch von der Polizei und Staatsanwaltschaft als das erkannt wird, was sie ist, rechte Gewalt. ■